



Anhörung: Öffentliche Beschäftigung ist notwendig

Pressemitteilung von Kornelia Möller, 27. November 2006

Experten begrüßen Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Als "grandiosen Erfolg" wertet die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Kornelia Möller, die öffentliche Anhörung ihrer Fraktion, die heute unter dem Titel "Für eine Ausweitung und eine neue Qualität öffentlich finanziert Beschäftigung" im Bundestag stattfand. Etwa 170 Akteurinnen und Akteure aus Verbänden, Institutionen und sozialen Bewegungen hörten sich die Stellungnahmen der sieben Sachverständigen aus Politik und Wissenschaft an und beteiligten sich an der lebhaften Debatte. "Mit Freude haben wir festgestellt, dass es einen großen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit der Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung gibt", bekräftigt Möller.

So machte Michael Pflügner von der Bundesagentur für Arbeit deutlich, dass es bei der Vermittlung von Menschen in Beschäftigung wichtig sei, "an ihre Fähigkeiten, und nicht an ihre Defizite anzuknüpfen". Gretel Wildt vom Diakonischen Werk der EKD betonte

die Wichtigkeit von Arbeit für Erwachsenen und deren Kinder: "Erwerbslosigkeit in der dritten Generation ist ein unhaltbarer Zustand."

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE., in dem die Ausweitung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors gefordert wird und der den Ausschüssen des Bundestags zur Beratung vorliegt, wurde von der Vertreterin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Tina Hofmann, ausdrücklich begrüßt. "Mit unserer heutigen Veranstaltung wurde die Debatte um öffentliche Beschäftigung auf ein stabiles Fundament gehoben. Wir sind mit fast allen relevanten Akteuren in Kontakt und werden die begonnene Zusammenarbeit ausbauen", so das Resümee von Möller.